



Kraft in der Verwirklichung der Aufgaben im wirtschaftlichen und demokratischen Aufbau ist das Haupthindernis für die Lösung der neuen Aufgaben der Partei. Man muß feststellen, daß die unteren staatlichen Organe nicht genügend angeleitet werden und daß durch diese Organe oftmals die Durchführung der Gesetze nicht genügend kontrolliert und nicht genügend getan wird, die Bevölkerung zu überzeugen und dadurch ihre Initiative zu entfalten.

Der Parteivorstand lenkt die Aufmerksamkeit der Parteiorgane auf die ungenügende Qualität mancher Stahlgußprodukte und Walzwerkezeugnisse und die ungenügende Qualitätskontrolle in den Betrieben. Die Senkung der Selbstkosten in den volkseigenen Betrieben bleibt hinter dem Plan zurück. In manchen Betrieben belastet ein zu großer Angestelltenapparat die Selbstkosten. Zu erster Kritik gibt die mangelnde Finanzdisziplin Anlaß. In volkseigenen Betrieben werden Investitionen durchgeführt, die nicht im Plan vorgesehen sind, wodurch die im Plan festgesetzten größeren Investitionen gefährdet werden. Die Betriebe des volkseigenen Sektors sind mit ihren Abführungen an das Staatsbudget im Rückstand.

Da die Erhöhung der Qualität der Produktion entscheidend abhängt vom fachlichen Können und von der schnellen Heranbildung junger Fachkräfte, erweist sich die ungenügende Entwicklung des Fachschulwesens und die ungenügende Ausbildung von Lehrlingen als ein erster Mangel.

Es zeigten sich starke sektiererische Widerstände gegen die breite Heranziehung und Förderung der Intelligenz.

Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Enteignungen wegen Gesetzesübertretungen erfolgten, obgleich Geldstrafen zulässig sind. Das von der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossene Anforderungsgesetz wurde nach Auffassung der Parteien verschiedentlich in einer Weise angewandt, die die festgelegten Grundsätze verletzt.

Bei zahlreichen Kreisleitungen und Grundorganisationen der Partei zeigte sich mangelndes Staatsbewußtsein. Statt die neuen Aufgaben gründlich zu studieren und Initiative bei der Durchführung des Wirtschaftsplanes sowie der neuen Gesetze und Verordnungen zu entfalten, nahm ein Teil der Parteiorgane erst verspätet Stellung und ersetzte die rechtzeitige Stellungnahme der SED-Genossen im Staatsapparat durch nachträgliche Kritik.

Es besteht bei vielen Parteimitgliedern die Tendenz, die staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben allein durchzuführen, statt die Mitglieder der anderen Blockparteien und der Massenorganisationen zu überzeugen und für die Mitarbeit zu gewinnen.

### Die nächsten Aufgaben

Um die Grundaufgaben — den Kampf der Nationalen Front um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag, die Festigung der Demokratie und Gesetzlichkeit für Aufbau und Entwicklung der Zone und die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung der Ostzone — besser erfüllen zu können, ist es notwendig, die Partei- und Massenarbeit in Berlin und in der Ostzone auf folgende Aufgaben zu konzentrieren:

## 1. Schaffung der Nationalen Front und die Festigung des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien

In der Ostzone bedeutet die Schaffung der Nationalen Front, alle aufrichtigen Deutschen, die parteilos sind oder infolge ihrer früheren Tätigkeit in nazistischen Organisationen bisher am politischen Leben nicht teilgenommen haben, von der nationalen Gefahr, die durch die Spaltungs- und Kolonisierungspolitik des USA-Imperialismus in Westdeutschland hervorgerufen wurde, zu überzeugen. Gleichzeitig gilt es, die demokratische Gesetzlichkeit und die vorbildliche Erfüllung des Wirtschaftsplans so durchzuführen, daß es beispielgebend in ganz Deutschland wirkt. Die Zusammenarbeit der Volksausschüsse mit breiteren nationalbewußten Kräften und die Bildung von Kreisen der Nationalen Front aus Angehörigen der Intelligenz, der Gewerbetreibenden und anderen ist zu begrüßen. Es ist notwendig, auch in leitende Organe der Deutschen Wirtschaftskommission und der Länderregierungen neben Vertretern der alten Parteien nationalbewußte Kräfte der anderen Parteien, z. B. der Nationaldemokratischen Partei und der Bauernpartei, sowie Parteiose aufzunehmen, um die Zusammenarbeit auf breiter Basis herbeizuführen.

Der Beschluß der Plattform des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien verpflichtet die beteiligten Organisationen, im Sinne dieses Beschlusses die Arbeit in den Kreisen und Gemeinden enger und aktiver zu gestalten.

Die Zusammenarbeit zwischen der SED als der Partei der einzigen Arbeiterklasse und den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen kann nur dann im Staatsapparat erfolgreich

wirksam werden, wenn es in den Kreisgebieten gelingt, die Mitglieder der anderen Parteien von der Notwendigkeit der aktuellen Aufgaben zu überzeugen und zu aktivieren. Die Tatsache, daß in den beiden alten bürgerlichen Parteien (CDU und LDP) sich anti-demokratische Gruppierungen eingemischt haben, darf kein Grund für die Abschwächung der Blockpolitik sein. Es ist vielmehr notwendig, die demokratischen und andere nationalgesinnte Kräfte in den anderen Parteien für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen und sich mit den reaktionären Gruppierungen in den anderen Parteien auseinanderzusetzen. Auch das Doppelspiel mancher Funktionäre bürgerlicher Parteien, die sich in Worten für den Frieden erklären, aber gleichzeitig gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze Stellung nehmen und gleichzeitig die anglo-amerikanische Provokationspolitik in bezug auf die Ostgrenze unterstützen, obwohl diese Grenze von der Potsdamer Konferenz mit Teilnahme der USA und Englands festgelegt wurde, muß zum Anlaß genommen werden, die Anhänger der anderen Parteien zu überzeugen, daß die chauvinistische Stellungnahme gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze zum Schaden der nationalen Interessen des deutschen Volkes ist. Ebenso ist gegen alle Versuche, Mißtrauen gegen die Sowjetunion zu erzeugen, ein entschiedener Kampf zu führen.

Festigung des Blockes heißt Klärung der Fragen im Sinne der gemeinsamen Plattform und größerer Aktivität der Mitglieder der Blockparteien, wie der Durchführung der großen Aufgaben des Zweijährplans und der anderen Maßnahmen zur Festigung der demokratischen Ordnung.